

Welche konkreten friedenspolitischen Forderungen stellt DIE LINKE in ihrem gerade vorgelegten Entwurf für ein Parteiprogramm?

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 086/10 – 30.03.10

DIE LINKE und der Frieden

Die friedenspolitischen Aussagen im Programmentwurf DER LINKEN

(http://die-linke.de/fileadmin/download/programmdebatte/100320_programmentwurf_final.pdf)

Die Partei DIE LINKE will eine Gesellschaft, in der die Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben können, Diese Grundforderung zieht sich durch ihren gesamten Programmentwurf. Daneben werden in verschiedenen Abschnitten dieses Entwurfs längere Aussagen zur Friedenspolitik gemacht, die wir nachfolgend zusammengefasst haben. Konkrete Feststellungen und Forderungen sind friedensblau eingefärbt.

Präambel

(...)

DIE LINKE kämpft für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg, für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen, **ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr, ein Verbot von Rüstungsexporten**, für zivile Entwicklungsunterstützung und ein Ende der ökonomischen Ausbeutung der Dritten Welt. Krieg löst kein Problem, er ist immer Teil des Problems.

II. Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation

(...)

Imperialismus und Krieg

Die kapitalistischen Staaten sorgen dafür, dass ihre Unternehmen weltweit Zugriff auf alle Ressourcen haben, dass sie ihr Kapital weltweit investieren und verwerten sowie auf allen Märkten ihre Produkte absetzen können. Dazu nutzen sie ihre ökonomische und militärische Vormachtstellung und ihre beherrschende Rolle in den internationalen Handels- und Finanzinstitutionen. Der heutige Imperialismus stützt sich vor allem auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung.

Imperiale Kriege erwachsen aus Kämpfen um geopolitische Macht, um ökonomische, politische und kulturelle Vorherrschaft, um Profite und Märkte. Kriege entspringen darüber hinaus aus Armut und Unterdrückung, aus Klimawandel, aus Verknappung und ungerechter Aneignung von Naturressourcen. Sie führen zu weiteren militärischen, ethnischen und religiösen Konflikten, dem Zerfall von Staaten, zu Fundamentalismus und Terrorismus. Unter Missachtung der Charta der Vereinten Nationen werden auch Gewalt und Kriege zum Mittel der Politik. Oft geschieht dies unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus oder gegen »Schurkenstaaten«. Besonders fatal ist dabei die Begründung von militärischen Interventionen mit dem Schutz von Menschenrechten. Nach dem Ende der Systemauseinandersetzung ist in den 1990er Jahren der Krieg auch nach Europa zurückgekehrt. **Deutschland war eine treibende Kraft im Krieg gegen Jugoslawien, unterstützt direkt und indirekt den illegalen Krieg der USA im Irak und beteiligt sich am Krieg in Afghanistan.**

Die Gefahr ist groß. Ein neuer Imperialismus in einem entdemokratisierten Raum entsteht. Mächtige Fraktionen der Machteliten der Vereinigten Staaten haben deren globale Vorherrschaft zum Ziel. Auch die EU versucht zunehmend aggressiv, in der weltweiten Aus-

einandersetzung um Macht, Einfluss und natürliche Ressourcen ihre Stellung auszubauen. Kriege, einschließlich präventiver Angriffskriege, gelten führenden Kräften der USA, der NATO und der EU wieder als taugliche Mittel der Politik. Das globale Netz von ausländischen Militärstützpunkten wurde ausgebaut. Der Schutz der Menschenrechte wird dazu missbraucht, Kriege zu legitimieren.

Die EU, deren große friedenspolitische Leistung darin besteht, dass in der Europäischen Union seit mehr als einem halben Jahrhundert kein Krieg mehr geführt wurde, beteiligt sich außerhalb ihres Territoriums immer öfter an Kriegen: Dem Krieg zur Auflösung Jugoslawiens folgte die Beteiligung an den Aggressionen gegen Afghanistan und den Irak durch EU-Mitgliedsstaaten. Die wachsende Bedeutung militärischer Mittel für die EU spiegelt sich im Grundlagenvertrag von Lissabon wider. Er enthält nicht nur eine Aufrüstungsverpflichtung, sondern ermöglicht auch die Beteiligung von EU-Kampfvverbänden an internationalen Konflikten.

IV. Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung

(...)

4. Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung

DIE LINKE gründet ihre internationalistische Politik auf vier Prinzipien: Frieden durch kollektive und gegenseitige Sicherheit, Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit. Solidarische Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung. Einsatz für eine soziale, demokratische und friedliche Europäische Union. Reform und Stärkung der UNO.

Frieden in Solidarität statt terroristische Kriege

Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands. Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta. Um Akzeptanz für die Militarisierung der Außenpolitik zu erlangen, ist zunehmend von »zivilmilitärischer Kooperation« und von Konzepten zur »vernetzten Sicherheit« die Rede. DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von militärischen und zivilen Maßnahmen ab. Sie will nicht, dass zivile Hilfe für militärische Zwecke instrumentalisiert wird.

Abrüstung und strategische Nichtangriffsfähigkeit

Statt Aufrüstung, militärischer Auslandseinsätze und EU-NATO-Partnerschaft ist eine Umkehr zu einer friedlichen Außen- und Sicherheitspolitik notwendig, die sich strikt an das in der UN-Charta fixierte Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen hält. DIE LINKE setzt daher auf Abrüstung und Rüstungskontrolle, fordert ein striktes Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete und den Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale. Die EU und Deutschland müssen auf alle Atomwaffenoptionen grundsätzlich verzichten, und alle in Deutschland stationierten Atomwaffen müssen abgezogen und vollständig vernichtet werden. Alle Massenvernichtungswaffen sind zu verbieten. Die Europäische Union sollte eine Vorreiterrolle bei der zivilen Konfliktprävention einnehmen und dafür die notwendigen Kapazitäten schaffen.

Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden. Es darf nicht sein, dass die Infrastruktur in der Bundesrepublik dazu genutzt wird, um völkerrechtswidrige Kriege und menschenrechtswidrige Maßnahmen wie die Verschleppung von Gefangenen zu ermöglichen.

Unser Kommentar

Schon in der Präambel ihres Programmentwurfs fordert DIE LINKE ein Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr und ein Verbot von Rüstungsexporten. Es wäre erfreulich, wenn man auch bei künftigen Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene unverrückbar an diesen beiden Kernforderungen festhielte.

In der Kritik an der deutschen Beteiligung an den Kriegen in Jugoslawien und Afghanistan und an der direkten und indirekten Unterstützung des Irak-Krieges fehlt die klare Aussage, dass es sich in allen drei Fällen um völkerrechts- und verfassungswidrige Angriffskriege handelt. Seit dem Nürnberger Urteil gegen führende Nazis ist "die Entfesselung eines Angriffskrieges nicht nur ein internationales Verbrechen; es ist das größte internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es in sich alle Schrecken vereinigt und anhäuft". Wer Kriege ablehnt, muss auch dazu beitragen, dass Kriegsverbrechen gesühnt werden. Warum setzt sich DIE LINKE nicht dafür ein, dass wenigstens Gerhard Schröder, Rudolf Scharping und Joschka Fischer, die erneut deutsche Soldaten in einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Serbien getrieben haben, endlich zur Rechenschaft gezogen werden?

Auch eine Bundesregierung mit Ministern der LINKEN könnte die NATO nicht auflösen, sie könnte aber dringend nötige Änderungen des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens aushandeln, den Stationierungsvertrag kündigen und aus der NATO austreten. Das Wünschenswerte ist nur zu erreichen, wenn man sich ihm in machbaren Schritten annähert, die in den entsprechenden Verträgen vorgesehen sind. Wir hoffen, dass diese Schritte, die im Entwurf fehlen, im verabschiedeten Programm aufgezeigt werden. (s. dazu auch http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_05/LP01805_010705.pdf)

Auch der beabsichtigte Rückbau der Bundeswehr zu einer reinen Verteidigungsarmee, die sie laut Grundgesetz ja eigentlich sein sollte, muss noch einmal überdacht werden. Nachdem der Bundeswehr der "böse Feind aus dem Osten" – zu dem neben der Roten Armee ja auch die aufgelöste Nationale Volksarmee der DDR gehörte – abhanden gekommen ist und wir nur noch von Freunden umzingelt sind, brauchen wir eigentlich überhaupt keine bis an die Zähne bewaffneten Streitkräfte mehr.

DIE LINKE könnte doch eine total abgerüstete Bundesrepublik propagieren, die auf Kriegswaffen verzichtet und infolgedessen auch keine mehr bauen und exportieren lässt. Wer keine Streitkräfte mehr unterhält, braucht auch keine Atom- oder andere Massenvernichtungswaffen und hätte plötzlich sehr viel Geld für soziale Aufgaben übrig.

Liebe LINKE, ein erster Schritt zur Schließung der Militärbasen ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik könnte eine Klage gegen deren verfassungswidrige Nutzung zur Vorbereitung und Führung völkerrechtswidriger Angriffskriege sein, die sich mit einem in eurem Auftrag erstellten Gutachten sehr gut begründen ließe (s. <http://www.mdb-alexander-ulrich.de/Presse-Archiv/Gutachten%20Ramstein.pdf>). Wann wird diese Klage endlich eingereicht? DIE LINKE könnte schon im anstehenden Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz beweisen, dass sie auch alle US-Basen in diesem Bundesland schließen will, indem sie die Kündigung des "Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland" thematisiert. Nach vollzogener Kündigung, die natürlich nur in einer Regierungskoalition in Berlin durchzusetzen wäre, müssten alle "Gaststreitkräfte" die ihnen nur zur Verteidigung des Gastlandes überlassenen Militärbasen innerhalb von nur zwei Jahren räumen, auch ihre Atomwaffen abziehen und ihr völkerrechts- und verfassungswidriges Treiben in der Bundesrepublik Deutschland komplett einstellen.